

## VONOVIA: Ein Konzern verdrängt die einfachen Leute aus ihren Stadtteilen

von *Filippo Capezzone, Kreisvorstand LINKE Stuttgart*

Für Menschen mit kleinem bis mittlerem Geldbeutel sind heute fast nur noch Wohnungen bezahlbar, die zwischen 1950 und 1985 erbaut wurden. Dort gibt es noch alte Mietverträge für 6 Euro kalt pro qm. Genau auf diese Wohnungen hat es die Immobilienwirtschaft abgesehen. Dort können die höchsten Mietsteigerungen durchgesetzt werden. Ganze Stadtviertel sollen durch Abriss, Neubau und Sanierung aufgewertet werden. Das Musterbeispiel dafür ist VONOVIA, Deutschlands größter Vermieter, der in Stuttgart insgesamt 4000 Wohnungen besitzt. Meist sind es Wohnungen, die früher staatlichen Baugesellschaften gehörten. Der Staat hat diese Wohnungen verscherbelt, wie zuletzt 2012, als die

rot-grüne Landesregierung die Eisenbahnerwohnungen für einen Spottpreis an die Patrizia AG verkauft hat. Später wurden sie mit satten Gewinnen an VONOVIA weiterverkauft. Das sollten wir nicht vergessen: diese Wohnungen haben wir alle, bzw. unsere Eltern und Großeltern mit Steuergeldern bezahlt! VONOVIA macht jetzt das große Geschäft, indem die BewohnerInnen durch Mieterhöhungen verdrängt werden. Nur durch gemeinsames Handeln der MieterInnen kann der Verdrängung Einhalt geboten werden. Die BewohnerInnen der VONOVIA-Hochhäuser am Nordbahnhof haben eine Mieterinitiative gegründet. Am 8. Mai demonstrierten über 100 MieterInnen gegen steigende Mieten. **DIE LINKE fordert einen Stopp von weiteren Privatisierungen und die Enteignung der VONOVIA.**

## AfD verhindert im Bezirksbeirat Zuffenhausen Schutz für VONOVIA-MieterInnen

von *Pablo Alderete und Karl Reif, LINKE-Bezirksbeiräte Zuffenhausen*

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS beantragte zur Sitzung des Bezirksbeirat Zuffenhausen am 12. Juni 2018 den sogenannten „Milieuschutz“ für die MieterInnen der VONOVIA-Wohnungen in Zuffenhausen. Die 54 Wohnungen in Rot und 126 Wohnungen in Zuffenhausen sollten so vor möglichen Luxus-Modernisierungen und teuren Nachvermietungen geschützt werden. Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit von 8:8 mit den Gegenstimmen der AfD, CDU, FDP und Frei Wähler abgelehnt. Also dank der Stimme der AfD-Vertreterin, die **gegen** diesen Milieuschutz und somit **gegen** die

Interessen der MieterInnen mit kleinem Geldbeutel stimmte. Für alle, die dem Märchen aufgesessen sind, dass die AfD für sozialen Protest steht, kann es jetzt nur heißen: **Protest wählen, heißt LINKE wählen!** Aktiv werden in der Nachbarschaft und in Mieterinitiativen auch gegen die Politik der AfD!



*Karl Reif und Pablo Alderete, LINKE-Bezirksbeiräte Zuffenhausen*

## Wohnen ist keine Handelsware

*LINKE-Stadtrat Tom Adler hielt am 14. Juni im Gemeinderat (Generaldebatte zum Thema Wohnen) für die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS eine Rede.*



Die Mieten steigen, der Sozialwohnungsbestand hat sich seit 1992 halbiert. Auf eine Sozialwohnung hätten aber schon heute 100 000 Stuttgarter Haushalte Anspruch, doch 85 Prozent davon gehen leer aus. 4500 Wohnungssuchende sind als Notfälle registriert, Tendenz steigend! Die Wohnungsnotfallhilfe kann fast keine Wohnungen mehr vermitteln. OB Kuhn löst sein Wahlkampf-Versprechen „Bezahlbare Wohnungen für alle!“ nicht ein. Das Ergebnis seiner falschen Konzepte heißt Verdrängung: Stuttgarter mit kleinen Geldbeuteln raus, zahlungskräftige Schichten rein! Die Marktgläubigkeit des OB und der Mehrheit des Stuttgarter Gemeinderats setzt der Renditegier der Investoren keine Grenzen, befeuert sie mit dem Ausverkauf der letzten großen städtischen Areale sogar! Auch Bauen auf der grünen Wiese bremst die Mietenexplosion nicht. In München und Frankfurt, die das massiv praktizieren, explodieren die Mieten weiter.

*weiter auf Seite 2*

# Hausbesetzung in Bad Cannstatt Mietenwahnsinn & Leerstand stoppen!

von Krzysztof Milczarek, Vertreter der LINKEN Stuttgart im Bündnis „Recht auf Wohnen“

Am 14. Juni tagte der Gemeinderat mit einer Generaldebatte zum Thema Wohnen. Begleitet wurde die Debatte von der Kundgebung zu „Wohnen ist Menschenrecht“. Am selben Abend haben ca. 100 AktivistInnen ein leerstehendes Gebäude in Bad Cannstatt besetzt um gegen Leerstand zu protestieren. Das Gebäude hat die Stadt im Jahr 2007 gekauft. Seitdem steht es leer. Nach der Zwangsräumung zweier besetzter Wohnungen in S-Heslach wird weiter Druck auf die Stadt aufgebaut. Die AktivistInnen fordern von der Stadt das Haus in Bad

Cannstatt nicht an private Investoren zu verkaufen, sondern es sofort zu sanieren und Sozialwohnungen für bedürftige Menschen zur Verfügung zu stellen. Des weiteren fordern sie eine Offenlegung von allen städtischen Gebäuden die sich im Leerstand befinden.

## Weitere Informationen unter:

► [www.recht-auf-wohnen.de](http://www.recht-auf-wohnen.de)

► [www.facebook.com/RechtAufWohnen](https://www.facebook.com/RechtAufWohnen)



## Für Menschen bauen – nicht für Profite! Stoppt den Ausverkauf der Stadt!

Immer mehr Menschen in Stuttgart und Umgebung sind von Mietexplosion, Abrisswahn und Wohnungsnot betroffen. Am 2. und 3. Juli 2018 feiern Politiker und Größen der Bauwirtschaft ihren „11. Immobilien-Dialog Region Stuttgart“ im Rathaus. Unter dem Motto „THINK BIG - THINK SCHWÄBISCH“ treffen sich u.a. Investoren, Immobilien- und Baufirmen, Banken und die Stadtspitze um sich selbst und die enormen

Renditemöglichkeiten mit Wohnraum zu feiern.

Das „Aktionsbündnis Recht auf Wohnen“ ruft auf zum Protest gegen diese Immobilien-Kungelei und die Verdrängung von Gering- und NormalverdienerInnen aus unserer Stadt. „Für Menschen bauen – nicht für Profite!“ – unter diesem Motto treffen wir uns am Montag, 2. 7., zu einer Aktion auf dem Marktplatz.

- **Kundgebung: Für Menschen bauen – nicht für Profite!**
- **Montag, 2. Juli 2018 Beginn: 19.00 Uhr**
- **Marktplatz Stuttgart**

Unser Konzept setzt dagegen an den vier Kernproblemen Bodenpreisspekulation, Mietenexplosion, Mieterverdrängung und Leerstand an:

1. Die Stadt selber muss bauen – dauerhaft leistbare Mietwohnungen auf städtischen Grundstücken, wie in Wien. Gemeindewohnbau ist gut angelegtes Geld. Er ist nachhaltig, im Gegensatz zur heutigen Praxis, bei der die Stadt Investoren gegen lediglich 10 Jahre Mietpreisbindung enorme Preisnachlässe und Renditegarantien gibt.

2. Eine aktive Bodenvorratspolitik muss die Privatisierung städtischer Grundstücke unterbinden. Ein erster Schritt war der gemeinsam mit Grünen und SPD gefasste Zielbeschluss, den Anteil von Boden und Wohnungen in städtischer Hand deutlich zu erhöhen, ebenso den Anteil der SWSG am Gesamtwohnungsbestand. Leider machen Grüne und SPD weiterhin beim Ausverkauf des städtischen Tafelsilbers mit.

3. Die „Spekulationsbremse“: Stadtgebiete können z.B. mit baurechtlichen Instrumenten als „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ ausgewiesen oder unter „Milieuschutz“ gestellt werden. Das bremst Spekulationserwartungen aus, denn damit sind Auflagen und Mietobergrenzen verbunden. Das brauchen Mieter in der ganzen Stadt. Für Wohnungs-Bestände der Vonovia, die Mieter\*innen aus ihren Vierteln drängt, haben wir es schon beantragt.

4. Leerstand muss konsequent bekämpft werden. Dafür braucht man Personal, schärfere Sanktionierungen und echten politischen Willen „von oben“!

## Fragen & Kontakt:

Wir freuen uns über jede Anfrage

E-Mail:

► [info@die-linke-stuttgart.de](mailto:info@die-linke-stuttgart.de)

Webseite:

► [www.die-linke-stuttgart.de](http://www.die-linke-stuttgart.de)

## Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stuttgart

V.i.s.d.P.: Dagmar Uhlig

c/o DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart;

Marienstraße 3 A; 70178 Stuttgart



Gegen Verantwortungslosigkeit:

## Wut, Witz, Widerstand!

Samstagsdemo vor dem Bahnhof,  
7. Juli, 14h



Samstagsdemo  
vor dem Bahnhof,

## 7. Juli, 14h

Stuttgart 21 stoppen mit:

Herta Däubler-Gmelin  
Joe Bauer  
Volker Lösch  
Egon Hopfenitz  
Moderation: Barbara Stoll  
Musik: Chain of Fools

Kein Vormarsch ist  
so schwer wie der  
zurück zur Vernunft.

Bert Brecht

